



Den Letzten beissen die Hunde

Die bürgerliche Finanzpolitik in Baselland und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden

Von Lars Mazzucchelli

Den Letzten beissen die Hunde – so geht es zurzeit den Gemeinden, was die Auswirkungen der bürgerlich dominierten Finanzpolitik auf Bundes- und Kantonsebene anbelangt. Die „Sparaufträge“ des Parlamentes werden auf diesen beiden Ebenen nicht ungern so umgesetzt, dass man einfach Leistungen an die nächst tiefere Staatsebene weitergibt. Inklusive der Kosten, meist exklusive der Erfahrung und des Fachwissens. Ganz am Schluss stehen die Gemeinden.

Beispiel gefällig? In Sissach erarbeiten wir gerade ein „Reglement zur Begrenzung der Zusatzbeiträge zu den Ergänzungsleistungen für Personen in Pflegeheimen“.

Es geht darum, diejenigen Personen zu finanzieren, welche mit ihrer AHV und ihren sonstigen Einkommen nach der Pension den Aufenthalt in einem Pflegeheim nicht finanzieren können. Anstatt nun z.B. eine nationale Lösung auf Ebene AHV zu suchen, wurde 1965 das „Übergangskonstrukt“ EL eingeführt, wo sich nun die Kantone ab 2008 mit dem Problem der Unterfinanzierung im Pflegebereich beschäftigen konnten.

Unser Kanton hat vor einigen Jahren dann gemerkt, dass die Ergänzungsleistungen in den Pflegeheimen aufgrund der demografischen Veränderungen sowie des medizinischen Fortschritts dauernd ansteigen und hat die EL für Personen im AHV-Alter den Gemeinden übertragen. Die Gemeinden strampeln sich nun nicht nur mit dauernd höherer Pflegerestkosten, sondern auch mit steigenden Hotelleriekosten via EL ab. Damit diese nun nach der Begrenzung der EL-Beiträge nicht ins Uferlose schiessen, versuchen die Gemeinden mit dem Reglement zur Begrenzung der Zusatzbeiträge an die EL zu retten, was noch zu retten ist. Ob das fehlende Geld dann einfach via Sozialhilfe an die Personen in Pflegeheimen ausbezahlt werden muss, weiss noch niemand so genau.

Das mag vielleicht ein wenig ein komplexes Beispiel gewesen sein. Aber es gibt andere, einfachere Beispiele. Die Polizei, die vom Staate vorgesehene Organisation, um Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten, zieht sich aus immer mehr Gemeinden zurück. Zwischen 17 und 7 Uhr müssen die Gemeinden die Dienstleistungen bezahlen, wenn sie diese nicht selbst erbringen wollen. Der Gemeindepräsident soll z.B. einen Ehestreit nachts um 12 Uhr schlichten. Oder eine Schlägerei um 2 Uhr.

Die Geschichte mit dem Läuferfingerli und den eingesparten Buslinien im Oberbaselbiet will ich schon gar nicht mehr aufführen. Erwähnenswert ist einfach, dass diese Sparmassnahmen bei der betroffenen Dorfbevölkerung einfach den Reflex auslösen: Dann muss halt die Gemeinde einspringen! Und so sind dann Miliz-Gemeindepolitiker plötzlich mit recht komplexen politischen Problemen konfrontiert, für welche sie weder ausgebildet noch bezahlt sind.

Dass sich die Gemeinden nun bereits zweimal mit dem Mittel der Gemeindeinitiativen gegen den Kanton wehren mussten, ist ein eigentliches Armutszeugnis für die Politik in unserem Kanton. Vorab die Absicht, bereits beschlossene, ausgehandelte Rückzahlungen zu Gunsten der Gemeinden aus Spargründen NICHT zurückzuerstatten, hat auch GemeindepolitikerInnen weit ins bürgerliche Lager hinein scho-



ckiert. Der Gegner war schlussendlich der ausführende Toni Lauber, ganz klar durchgewunken hat die üble Sache aber das Parlament. Mehr oder weniger, ohne mit der Wimper zu zucken.

Wenn eingesparte Kantonsausgaben auf Gemeindeebene zu Mehrausgaben führen, weil sie von diesen übernommen werden müssen, bringt das für die Steuerzahlerin und den Steuerzahler keinen Nutzen, im Gegenteil. Es ist nämlich deutlich ineffizienter, 86 Lösungen zu erarbeiten, 86 politische Diskurse zu führen und gegebenenfalls 86 mal eine Steuererhöhung durchzusetzen.

Lars Mazzucchelli
Gemeinderat Sissach, Vizepräsident
Tel: 076 393 86 97
Lars.Mazzucchelli@sissach.ch